

## **„Dresdner Erklärung“ des 23. Deutschen Präventionstages**

Seit dem 12. Deutschen Präventionstag 2007 in Wiesbaden veröffentlicht der Deutsche Präventionstag und seine Veranstaltungspartner anlässlich eines jeden Kongresses eine „Erklärung“. Darin sind Aussagen zu zentralen Konsequenzen enthalten, die sich aus dem jährlichen Schwerpunktthema sowie weiteren Beratungsthemen der Kongresse zu aktuellen Entwicklungen und Tendenzen der Präventionsarbeit ergeben. Die Erklärungen richten sich primär an die in den Kommunen, den Ländern, im Bund und in Europa für die (Kriminal-) Prävention politisch Verantwortlichen sowie an die Wissenschaft und Fachpraxis. Dieser Tradition folgt auch diese „Dresdner Erklärung“ des 23. Deutschen Präventionstages.

„Niemand hasst von Geburt an jemanden aufgrund dessen Hautfarbe, dessen Herkunft oder dessen Religion.“ Der ehemalige US-Präsident Barack Obama hat sich mit diesem Zitat des früheren südafrikanischen Präsidenten und Anti-Apartheid-Kämpfers Nelson Mandela über Twitter an die amerikanische Öffentlichkeit gewandt, um nach den rassistischen Ausschreitungen in Charlottesville (am 11. und 12. August 2017 im US-Bundesstaat Virginia) ein Zeichen zu setzen. Er hat dadurch mit über drei Millionen „Likes“ einen Twitter-Rekord aufgestellt. Für den Deutschen Präventionstag lässt sich daraus die folgende zentrale Frage ableiten: Wie und warum wird jemand zu einem Rassisten, zu einem Extremisten oder Terroristen? Und darauf aufbauend: Wie ist solchen Entwicklungen präventiv zu begegnen?

Der 23. Deutsche Präventionstag widmet sich unter dem Schwerpunktthema „Gewalt und Radikalität. Aktuelle Herausforderungen für die Prävention“ eben diesen drängenden Fragen. Im Vorfeld des Kongresses hat Prof. Dr. Dirk Baier (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften) das Gutachten „Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven“ erstellt. Anlässlich des 23. Deutschen Präventionstages und auf der Basis dieses Gutachtens ist die folgende „Dresdner Erklärung“ erarbeitet worden. Sie wird getragen vom Deutschen Präventionstag und seinen engeren Veranstaltungspartnern, nämlich dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem DBH – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, dem Freistaat Sachsen, der Landeshauptstadt Dresden, dem Landespräventionsrat Sachsen, dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und dem WEISSEN RING e.V.

Physische Gewalt und politischer Extremismus, welcher Gewalt zur Überwindung der demokratischen Ordnung einsetzt, sind unterschiedliche Phänomene. Beide sind von hoher Relevanz und Aktualität für die (Kriminal-) Prävention und die Präventionspolitik. Eine gute

Nachricht vermitteln die verschiedenen verfügbaren Statistiken: Danach hat sich die physische Gewalt in den zurückliegenden zehn Jahren deutlich reduziert, und dies vor allem bei jungen Menschen. Die Ursachen dieses positiven Trends sind bislang noch unzureichend untersucht. Jedoch lässt sich aus vielfältigen Erfahrungen die Einschätzung ableiten, dass 25 Jahre gezielter Gewaltprävention ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Die intensive Fortsetzung der Präventionsarbeit ist indes dringend geboten, wenn der Umstand berücksichtigt wird, dass in Deutschland derzeit beispielsweise pro Jahr immer noch über 140.000 Menschen Opfer allein von schweren Körperverletzungen werden.

Extremismus, der sich durch Gewaltbefürwortung oder Gewaltausübung aus ideologischen Gründen kennzeichnet, ist von „klassischen Formen“ der Jugendgewalt zu differenzieren. Während sich diese deutlich reduziert haben, nehmen im Feld des politischen Extremismus die Aktivitäten des Rechtsextremismus, des Linksextremismus und des islamistischen Extremismus zu – zum Teil verbunden mit drastischen Gewalttaten und vielen Opfern. Befragungsstudien können eine zunehmende Verbreitung manifester extremistischer Einstellungen nicht belegen. Jedoch wird aus ihnen immerhin deutlich, dass pauschal ablehnende oder abwertende Einstellungselemente eine recht breite Zustimmung in der Bevölkerung erfahren. Zur weiteren Klärung sollten unbedingt wissenschaftliche Studien durchgeführt werden.

Ein wichtiger Leitsatz der Präventionsarbeit ist, dass wirksame Prävention an den Ursachen eines Phänomens ansetzen sollte. Dieser Leitsatz lässt sich mit Blick auf den politischen Extremismus derzeit jedoch nur unzureichend umsetzen. Auch wenn bereits zahlreiche Erkenntnisse über die vielfältigen Ursachen von Radikalisierung vorliegen, mangelt es insbesondere noch an Längsschnittstudien, mit denen Ursachen nachverfolgt werden können. Zu wenig weiß man über die Verläufe und Bedingungen von längerfristigen Annäherungs-, Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozessen im Bereich des politischen und weltanschaulichen Extremismus. **Die Förderung solcher Studien ist zukünftig von herausgehobener Bedeutung, um die Präventionsarbeit weiter zu fokussieren.**

Verschiedene qualitative und quantitative Studien, die bislang vorliegen, erlauben immerhin eine vorläufige Einschätzung zu den Hintergrundfaktoren der Radikalisierung. Diese Studien machen deutlich, dass Radikalisierung ein vielschichtiger Prozess ist, auf den unterschiedliche Faktoren in diverser Weise einwirken können. Radikalität umfasst auf individueller Ebene ein weites Spektrum an Einstellungen und Verhaltensweisen. Zudem spielen neben unterschiedlichen biographischen Konstellationen auch soziale Bedingungen der Radikalisierung eine wichtige Rolle, wie etwa gesellschaftliche Marginalisierung,

Zugehörigkeit zu radikalen Gruppierungen und teilweise international agierenden Netzwerken sowie der Einfluss der Medien. Die Einflussfaktoren reichen vom Elternhaus über „Peergroups“, die Schule und die Medien bis hin zu den regionalen Kontext- und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Zum Teil haben Gewalttätigkeit und Extremismus gleiche Entstehungsfaktoren; darüber hinaus gibt es aber spezifische Radikalisierungshintergründe. Präventionsansätze sollten daher diverse allgemeine sowie auch spezifische Einflussfaktoren berücksichtigen. **Aufgrund der Vielschichtigkeit der Radikalisierungsursachen und -verläufe ist eine große Bandbreite an Präventionsangeboten erforderlich.**

Radikalisierung ist ein komplexer Prozess, der stark individuell verläuft. Zu den wichtigen Faktoren, die Radikalisierungstendenzen begünstigen können, gehört soziale Benachteiligung. Mit ihr gehen geringere Bildung und Teilhabe sowie erlebte Ausgrenzungserfahrungen einher. Gerade Personengruppen, die sich politisch kaum Gehör verschaffen können, sind tendenziell anfälliger für extremistische Ideologien. **Prävention von Gewalt und Radikalisierung muss sich daher verstärkt darum bemühen, Angehörige sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu erreichen, um diese zu unterstützen und begleiten zu können.**

Ergänzend lässt sich daraus ableiten: **Gesellschaftliche Integration und Partizipation einerseits und demokratische Bewusstseinsbildung andererseits müssen zentrale Ziele der Gewalt- und Kriminalprävention sein.** Moderne Gesellschaften sind zum einen gekennzeichnet durch Pluralismus, u.a. mit Blick auf Werte, Interessen und Haltungen, zum anderen auch durch Globalisierung. Damit sind Entfremdungsgefühle und Vereinzelung, aber auch globale Vernetzung und Kommunikation verbunden. Die sich daraus ergebenden Dynamiken schaffen gesellschaftliche Spannungen. Sie manifestieren sich u.a. in der Betonung von Differenzen zwischen Menschen und Gruppen und gegenseitigen Auf- und Abwertungen bzw. Ausgrenzungen. Gesellschaftliche Debatten, die Differenzen und Grenzziehungen betonen, sollten ein Gegengewicht in einer Perspektive finden, die einen reflektierten Umgang mit kulturellen und sozialen Unterschieden stärkt und die nicht auf Abwertung von Anderen angewiesen ist.

Diskurse des Ausschlusses und der Entwertung befördern den Extremismus – dies sollte im Alltag, in öffentlich-medialen politischen Diskussionen wie im politischen Handeln berücksichtigt werden. Vertrauen in die demokratische Grundordnung und damit auch Distanz zu Extremismen kann nur dann vermittelt werden, wenn Teilhabe ermöglicht wird sowie Ausgrenzung und Benachteiligung glaubwürdig minimiert werden. Auf die Grenzen

insbesondere repressiver Maßnahmen haben bereits frühere Deutsche Präventionstage mehrfach hingewiesen und vor Maßnahmen gewarnt, die vordringlich und in der Tendenz isoliert aus der Angst vor Gewalt und Extremismus heraus geplant und beschlossen werden.

**Wie jegliche Form der Prävention muss auch die Extremismusprävention auf allen Ebenen, auf internationaler und nationaler Ebene ebenso wie auf der Ebene der Bundesländer und der Kommunen, verankert werden.** Der kommunale Fokus präventiver Arbeit wurde bereits in der Münchener Erklärung (2012) deutlich hervorgehoben. Prävention geschieht vor Ort, entlang der lokalen Gegebenheiten. Sie beseitigt Ängste und Angsträume, lebt von Kommunikation und zeigt Alternativen und Perspektiven. Lokale Präventionsräte, Partnerschaften für Demokratie und entsprechende Strukturen sind fachlich zu unterstützen und in kommunale wie gesamtgesellschaftliche Strategien einzubinden. Nachhaltige Präventionsangebote brauchen ein funktionierendes Gemeinwesen. Für die Präventionspraxis sind dies unter anderem die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendarbeit sowie des Bildungssystems. Im Besonderen ist die Bedeutung der Schulen hervorzuheben, d.h. in ihrer Funktion als Orte, an denen Zugehörigkeit, Anerkennung und Demokratie gelebt werden können und wo Kinder und Jugendliche, die Probleme haben, vergleichsweise direkt erreicht werden können. **In der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der politischen Jugendbildung und zuvorderst in den Schulen sollte Begegnung gefördert, der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt erlernt und Demokratiebildung betrieben werden.**

Zudem ist Präventionsarbeit auf entsprechend qualifiziertes Personal angewiesen. Mit überregionaler Vernetzung der lokalen Präventionsakteure sowie der Weiterentwicklung überregionaler Infrastrukturen zur Entwicklung und Implementierung erprobter Standards und Umsetzung von Qualifizierungsprogrammen, werden nicht zuletzt die Wirkungen von Prävention besser zu beurteilen sein.

Nachhaltige Präventionsarbeit muss weiterhin sicherstellen, dass Gewalt und Radikalisierungstendenzen umfassend in den Blick genommen werden. Dazu gehört insbesondere auch die Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen extremistischen Gruppen. Die bisher feststellbare Dominanz der Befassung mit Prävention des Rechtsextremismus und des islamistischen Extremismus wäre durch entsprechendes Augenmerk auch auf den Linksextremismus sowie neue Formen des Extremismus und verschwörungstheoretische Querfrontbewegungen abzubauen. Zusätzlich ist ein Schwerpunkt auf den Ausbau von De-Radikalisierungsangeboten und

Distanzierungsansätzen zu legen, zu denen bislang überwiegend zum Rechtsextremismus und zunehmend auch zum Islamismus Erfahrungen vorliegen.

**Zur Weiterentwicklung der Präventionsarbeit und zur Reaktion auf neue gesellschaftliche Entwicklungen ist eine gemeinsame Anstrengung aller relevanten Akteure der Präventionsarbeit notwendig.** Dazu gehören die Bund-Länder-Zusammenarbeit, die Arbeit der Kommunen, aber auch die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft und die Präventionspraxis. Es braucht auch zukünftig erhöhte Anstrengungen, um Wissen und Erfahrungen über bewährte Ansätze und Maßnahmen der Prävention zu generieren. In Deutschland ist bereits jetzt, ebenso wie in einigen anderen europäischen Ländern, eine Vielzahl an Menschen und Organisationen im Bereich der Gewalt- und Extremismusprävention aktiv. Dieses hohe und oftmals ehrenamtlich ausgeübte Engagement gilt es zu würdigen, politisch zu unterstützen und nach Möglichkeit wissenschaftlich zu begleiten. Gleiches gilt für die im stetigen Weiterentwicklungsprozess inbegriffenen Ansätze mit dem Ziel, insbesondere junge Menschen davon abzuhalten, sich zu radikalieren. Prävention braucht diese innovative Dynamik. **Zukünftig ist daher weiterhin ein Schwerpunkt auf die wissenschaftliche Evaluation von Präventionsmaßnahmen und Programmen zu legen.** Bei ihnen geht es nicht darum, die Präventionsakteure zu „kontrollieren“, sondern vielmehr um das Ziel, allen Beteiligten einen gemeinsamen Lernprozess zu ermöglichen.

**Notwendig ist darüber hinaus die Fortsetzung der strategischen Rahmung aller Aktivitäten im Bereich der Extremismusprävention durch nationale Maßnahmenpläne.** Mit der im Juli 2016 beschlossenen ressortübergreifenden „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ wurde die Grundlage für den nachhaltigen Ausbau entsprechender Präventionsangebote in Deutschland gelegt. Diese gilt es unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen und Herausforderungen gezielt weiterzuentwickeln und auszubauen.

Dresden, im Juni 2018